

Hans-Albers-Villa geht an TU München

Haushaltsausschuss des Landtags lehnt Petition ab – Antragsstellerinnen prüfen weitere Rechtsmittel



Das Haus und das Grundstück des 1960 gestorbenen Schauspielers Hans Albers (r.) gehören dem Freistaat Bayern. Das Anwesen liegt am Starnberger See.

– Fotos: privat/dpa

Von Felix Flesch

Feldafing/München. Lange ist gegen die Pläne der bayerischen Staatsregierung angekämpft worden, jetzt ist eine Vorentscheidung gefallen: Die Villa und das Seegrundstück des 1960 gestorbenen Schauspielers Hans Albers gehen an die Technische Universität München (TUM). Der Haushaltsausschuss des Landtags lehnte eine Petition ab, die sich dafür einsetzte, das 27 000 Quadratmeter große Grundstück am Starnberger See für die Allgemeinheit zu öffnen.

„Das ist das Worst-Case-Szenario“, sagt Lucie Vorlíčková der Passauer Neuen Presse. Vorlíčková und Stefanie Knittl reichten die Petition „Albers für alle“ ein. Sie war zwar nicht überrascht, dass ihre Bitten abgelehnt wurden –

„mit der machtpolitischen Art und Weise habe ich aber nicht gerechnet“. Die beiden Tutzingerinne seien erst am Freitag, 22. April, darüber informiert worden, dass ihre Petition am darauffolgenden Mittwoch, 27. April, behandelt wird. Vorlíčková kritisiert die „auf-

fallend knappe Terminierung“. „Auch die beiden Berichtersteller bekamen nur zwei Arbeitstage, um sich mit den Stellungnahmen der Staatsregierung zur Petition zu befassen“, sagt sie.

Freistaat hat das Anwesen im Jahr 1971 gekauft

Im Kern geht es bei dem Streit darum: Der Freistaat kaufte im Jahr 1971 das Albers-Grundstück. Im Kaufvertrag, der unserer Zeitung vorliegt, sicherte die damalige Staatsregierung zu, dass der „Erwerb für öffentliche Erholungszwecke erfolgt“. Daher beantragt der Käufer – also Bayern vertreten durch seine Schlösserverwaltung – die „Befreiung von der Grunderwerbsteuer“.

Das Prachtareal ist allerdings bis heute für die Öffentlichkeit gesperrt. Seit 2009 steht das 180 Quadratmeter große Haus sogar leer. Im vergangenen Jahr meldete die Landesregierung dann Staatsbedarf an. Die TU München soll am Starnberger See die Persönlich-

keitsentwicklung ihrer Studenten fördern. Verschiedene Bürgerinitiativen wehrten sich, wollten aus dem Gelände etwa einen öffentlichen Park und aus dem Haus ein Museum mit Café machen.

Bereits im vergangenen Jahr ging die Universität auf die Kritiker zu und machte einige Zugeständnisse. So blieben die Villa und insgesamt rund 12 600 Quadratmeter Parkanwesen samt Seezugang grundsätzlich für die Studenten reserviert. Die übrigen knapp 15 000 Quadratmeter sollten für jedermann zugänglich sein. Dazu würden Villenpark und Haus an mindestens drei „Kulturtagen“ im Jahr öffnen. Der Haushaltsausschuss beschloss Ende 2021 dieses Ergänzungskonzept. Daraufhin reichten Vorlíčková und Knittl ihre Petition für die Öffnung des Seegrundstücks und gegen den Staatsbedarf ein.

In der jüngsten Sitzung wurden neue Kompromisse vorgestellt. An allen Sonntagen von 1. Mai bis 30. September soll zwar der Villenpark von 14 bis 19 Uhr geöffnet werden, nicht aber die Villa selbst. Die Landtagsabgeordnete und

Feldafinger Gemeinderätin (Landkreis Starnberg) Ute Eiling-Hütig begrüßt diese Entscheidung in einer Erklärung auf ihrer Homepage: „Gerade die Öffnung des Parks an Sonntagen von Frühjahr bis Herbst bringt den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort einen großen Mehrwert.“ Der Vorsitzende des Haushaltsausschuss, Josef Zellmeier (CSU), betont: „Diese weitreichende Öffnung für die Allgemeinheit ist eine starke Verbesserung gegenüber dem aktuellen Zustand.“

Antragsstellerinnen sehen „Augenwischerei“

Für die Öffnung und Schließung soll nicht die Uni zuständig sein, sondern ehrenamtliche Bürger wie etwa der ortsansässige Kulturverein. Außerdem wird der vorhandene Stichweg verlängert, eventuell bis an den See.

Den Petentinnen reicht das nicht aus. „Das ist doch keine Öffnung des Anwesens für die Allgemeinheit, es bleibt ja bei der staat-

lichen Nutzung durch die TUM“, sagt Knittl unserer Zeitung. Das sei nur eine neue „Augenwischerei“, von einem Kompromiss könne man nicht sprechen.

Die Petition sei dennoch nicht umsonst gewesen, denn sie habe dafür gesorgt, dass dieser „Skandal“ an die Öffentlichkeit kommt. „Dem immensen politischen Druck der letzten sieben Monate haben wir aber nur Dank des großen Zuspruchs aus der Bevölkerung standgehalten“, sagt Vorlíčková. „Wir prüfen jetzt, ob es wirkungsvollere Mittel als die Petition gibt. Wir halten uns alles offen.“

Feldafings Bürgermeister Bernhard Sontheim hatte vor der Sitzung im Haushaltsausschuss gegenüber der PNP betont, dass der Gemeinderat des Ortes „grundsätzlich einverstanden“ sei mit der Vergabe an die TUM. Die Gemeinde habe aber „keine Aktien im Spiel“, da das Grundstück dem Freistaat Bayern gehöre.